

## DIETRICH STARITZ

# Über Jochen Czerny: Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR

Dietrich Staritz – Jg. 1934, Prof. Dr., geboren in Berlin; studierte nach einer Banklehre Wirtschaftswissenschaften, Politologie und Soziologie in Berlin (u.a. an der Humboldt-Universität); war Redakteur beim »Spiegel«, habilitierte sich, war Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin und später Geschäftsführender Leiter des Arbeitsbereiches Geschichte der DDR am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim. Lebt heute in Karlsruhe. Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen und sozialen Entwicklung der DDR und zum Parteiensystem der Bundesrepublik, u.a.: »Sozialismus in einem halben Lande« (1976), »Das Parteiensystem der Bundesrepublik« (Hrsg., 2. Auflage 1980), »Geschichte der DDR« (erw. Neuausgabe 1996).

Jochen Czerny:  
Restbourgeoisie und Staatskapitalismus in der DDR. Mit einem Nachwort von Jörg Roesler, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 1996, 116 S.

Auch Forschungen zur Sozialgeschichte, speziell wenn sie dem eigenen Lande galten, hatten es bekanntlich nicht leicht in der DDR. Wollten sie mehr als eine affirmative Rekonstruktion des von der SED organisierten Aufbaus der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft«, so stießen sie bis 1989 stets auf politisch definierte Grenzen. Die wurden zwar nicht immer gleichermaßen rigide kontrolliert und waren seit Beginn der achtziger Jahre so durchlässig, daß zuweilen sogar nach denen gefragt werden konnte, die in den Umwälzungen der Vierziger und Fünfziger den »Siegern der Geschichte« hatten weichen müssen. Einige, wenn auch nicht viele Forschende hatten seither die Chance, in Archiven nach ihren Spuren zu suchen, Datensammlungen und Akten einzusehen sowie (freilich vorab sorgsam ausgewählte) Quellen zu gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen anzuschauen. Eine durchgängige Evaluierung des im wesentlichen von ihr induzierten sozialen Wandels ließ die »Partei der Arbeiterklasse« bis zu ihrem Ende aber nicht zu und erst gar nicht eine wissenschaftliche Analyse der sozialen Substanz ihres Führungsanspruchs. So beschränkten sich die wenigen Arbeiten über Klassen und Schichten entweder auf Entwicklungen in überschaubaren Regionen oder, wenn sie auf die »Arbeiterklasse« zielten, auf spezielle Aspekte ihrer sozialen Strukturen. Zudem: Das Gros dieser Recherchen war unzugänglich. Selbst wenn sie inhaltlich zu den geplanten Resultaten geführt worden waren, transportierten sie doch fast immer sozialstatistische Daten, und die waren aus der Sicht der Wissenschaftslenker in aller Regel schutzbedürftig. Den wenigen publizierten fehlte deshalb zumeist eine breite empirische Basis, sie bogen sich vielmehr unter der Last legitimatorischer Überbauhetorik. Das galt auch für die meisten historiographischen Arbeiten zur »Intelligenz«, zu deren Analyse im letzten DDR-Jahrzehnt jedoch Soziologen (wie Ingrid und Manfred Lötsch) manches Erhellende veröffentlichten. Größere Freiräume schufen sich oder hatten anscheinend ebenfalls die Agrarsoziologen. Doch was sie, so weit es nachzulesen war, zusammentrugen, eignete sich allenfalls als Rohmaterial für eine Sozialgeschichte des ländlichen Raumes.

Für die alten städtischen Mittelschichten im Handwerk, Handel und der privaten Industrie wurde – diesen Eindruck vermittelten jedenfalls die wenigen Lektüreangebote – noch nicht einmal dieses geleistet. Offenbar forderte ihre soziale Karriere im Arbeiter- und Bauern-Staat zu heftiger wissenschaftlicher Nachfrage kaum heraus.

Tatsächlich boten sie auch nur wenig Material für die gewünschte richtige Rückschau (samt ihrer zumindest intentional immer auch zukunftsweisenden Botschaft) auf ein gleichsam immerwährendes »Werden und Wachsen« und eine ebenso ziel- wie situations- und methodenbewußte, wissenschaftliche Politik. Das galt speziell für die Gruppe der mittleren und kleinen industriellen Unternehmer sowie ihre mithelfenden Angehörigen, die nach den Umbrüchen der frühen Nachkriegsjahre übriggeblieben waren, die Verdrängungspolitik in der ersten Hälfte der Fünfziger überstanden hatten, sich seit 1956 zu Leitern »halbstaatlicher« Betriebe wandeln mußten und 1972 schließlich enteignet wurden – teilschädigt wenigstens, der einzige Fall in der DDR-Geschichte. Wie schwierig es für die Forschung war, die mit den Jahren wechselnden Bewertungen dieser Schicht und die unterschiedliche Politik ihnen gegenüber als kontinuierlich zu interpretieren, lernte Ende 1971 ein Wirtschaftswissenschaftler. Er hatte in seiner nahezu abgeschlossenen Dissertation über die Rolle der halbstaatlichen Betriebe in den damaligen VVB-Strukturen zu Recht und zudem zeitgemäß ihre Anpassungs- und Leistungsfähigkeit herausgearbeitet und mußte sich deshalb Anfang 1972 ein neues Thema suchen. Nun, nach der Verstaatlichung, verlangte sein Untersuchungsgegenstand eine ganz andere Würdigung. Er war unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht mehr als flexibler Leistungsträger mit sicherer Zukunft »einzuschätzen«, sondern als schlußendlich liquidierte Brutstätte einer »Rekapitalisierung« der DDR.

Auch vor dem Hintergrund der differierenden Aufgaben der Geschichtspropaganda – eines der hübschesten DDR-Wörter – verdient der von Jochen Czerny vorgelegte Band Beachtung. Er enthält zwei Kapitel, die zwischen 1983 und 1987 geschrieben wurden, einen 1995 verfaßten kommentierenden Bericht über die seit der Wende gewonnenen Erkenntnisse sowie ein Nachwort von Jörg Roesler zum Ende von »Restbourgeoisie« und »Staatssozialismus«. Der älteste, 1983/84 niedergeschriebene Text referiert Czernys damalige Konzeption für die geschichtswissenschaftliche Analyse bürgerlicher Schichten, der jüngere, 1986/87 entstanden, eine Studie über »Privatindustrie und Unternehmer 1949 bis 1956«. Erarbeitet für einen (nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nicht mehr veröffentlichten) Studienband des AdW-Zentralinstituts für Geschichte zur Sozialgeschichte der frühen DDR, widerspiegeln beide zu einem Gutteil die Aufbruchstimmung von Historikern in der Hochzeit des neuen »Erbe«-Verständnisses. Damals schien es manchen (über den Blick auf Luther oder Preußen hinaus) auch hinsichtlich der DDR-Geschichte angezeigt, nicht bloß die Sequenzen und Konstellationen aufzuarbeiten, die als traditionsstiftend galten, sondern sich (wie etwa die Bismarckforschung) dem ganzen »Erbe« zuzuwenden, Untergegangenem ebenso wie Unabgeholtem. Als zulässig empfanden es jetzt einige, in historischen Prozessen mehr als die Resultate von Gesetzmäßigkeiten zu sehen, und einzelne begannen, nach Handlungsalternativen oder konkurrierenden Optionen zu fragen – politische Entscheidungen also nicht mehr als rundum zwangsläufig und legitimiert darzustellen. Derlei Fragen an die DDR-Ge-

schichte wurden damals freilich so selten öffentlich gestellt, daß man sie leicht überhörte oder als eher schüchternen Beginn einer längst überfälligen Modernisierung des kanonisierten Historischen Materialismus wahrnahm. Und tatsächlich: Weit vorangekommen war die ostdeutsche Zeitgeschichtsschreibung zur DDR bis 1990 ja auch nicht.

Gleichwohl ist es für einen Außenstehenden doch überraschend, jetzt zu lesen, daß Czerny in seiner Forschungskonzeption 1983/84 festhielt, die bis dahin geleisteten Arbeiten hätten einerseits weder die materielle oder mentale Situation dieser sozialen Gruppe ernsthaft berücksichtigt noch ihre Interessen »für sich genommen«, andererseits aber die Kontinuität der SED-Politik »überbetont«, obwohl doch die »Bündnispolitik« gerade auf diesem Felde ein »unaufhörlicher Lernprozeß« gewesen sei, der sich »streckenweise in trial and error vollzogen« habe. (S. 15f.) Wollte man, schrieb er, die in der Zwischenzeit gewonnenen Maßstäbe auf seinen Untersuchungszeitraum »zurückprojizieren«, dann ließe das die Politik der Partei als partiell »widersinnig, mitunter chaotisch erscheinen...«, und er warb um Verständnis für das auf diesem Politikfeld noch ungenügend entwickelte Problembewußtsein, »ohne damit jedes Manöver und jede Dummheit der fünfziger Jahre erklären und rechtfertigen zu können«.

Für ihn war es daher 1986/87 – so zeigt es seine knappe »Studie« (S. 20-68) – denn auch keineswegs ausgemacht, daß alle Weichenstellungen der Parteiführung zwischen 1949 und 1955 den aktuellen ökonomischen bzw. den übergreifenden politisch-ideologischen Zielen gemäß oder wenigstens in sich schlüssig waren. Auch wenn er sich mit der Partei den Sozialismus selbst mit einer bloß restlichen Bourgeoisie offenbar nicht wirklich denken mochte, so zeichnete er doch ihre ökonomisch wie kulturell höchst problematische Marginalisierung vergleichsweise einfühlsam nach, fragte nach den Ursachen für den 1949 erfolgten Verzicht auf die rasche Enteignung, und konstatierte, daß nach dem Aufschieben der Verstaatlichung die Steuern in das »Zentrum des Klassenkampfes« rückten, ein Versuch, die »Eigentumsfrage« durch Steuererhöhungen und rigides Steuerneintreiben, aber auch das neue Wirtschaftsstrafrecht zu entscheiden.

Die industriellen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Angehörigen waren unter den 1953 gezählten 192.000 (1955 = 185.780) Selbständigen (samt mitarbeitendem Anhang) nur eine relativ kleine Gruppe. Czerny bezifferte sie für Ende 1953 auf (gerundet) 16.200, für Ende 1955 auf 16.000 Personen. Sie verwalteten jedoch 1950 fast drei Viertel (17.500) der Industriebetriebe, und in denen waren 24,3 Prozent der Industrierwerktätigen beschäftigt, die 23,5 Prozent des industriellen Bruttoprodukts erwirtschafteten. 1955 wurden noch 13.800 Unternehmen gezählt, etwa 70 Prozent des Bestandes, in denen ein Sechstel der industriell Tätigen ein knappes Siebtel des Bruttoprodukts herstellte. Zwischen 1953 und 1955 arbeitete rund die Hälfte der Lohnabhängigen dieses Sektors in Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitenden, und in diese Größenklasse gehörten damals rund 83 Prozent der Privatunternehmen, nur 0,1 Prozent beschäftigten mehr als 500 Menschen.

Die noch in den Achtzigern herrschenden Deutung, die zwischen Sozialisierungsideologie und ökonomischem Pragmatismus schwankende Politik – erst Enteignung, dann Verdrängung oder Indienstnahme, schließlich Kooperation – sei im wesentlichen Antwort des Staates auf den sich verschärfenden politischen Widerstand (»Klassenkampf«) der Bourgeoisie gewesen, ließ er nicht gelten: Ein Urteil darüber, in wievielen Fällen die behauptete bewußte Schädigung des Staates tatsächlich Ergebnis »zielstrebig(er) staatsfeindlicher Tätigkeit« gewesen sei, »entzieh(e) sich der Kenntnis des Historikers«; er jedenfalls gehe davon aus, daß es sich in der »sozialgeschichtlich relevanten Masse der Fälle« von Gewinnverschleierung, Steuerhinterziehung, Spekulation etc. um Praktiken gehandelt habe, »die in der Privatwirtschaft seit jeher gang und gäbe waren«, um alltäglichen Kapitalismus mithin. Er attestierte der Mehrzahl der Unternehmer vielmehr weitreichende Folgebereitschaft, eingeübt schon seit den frühen Vierzigern unter den Bedingungen der nazistischen Bewirtschaftungsmaßnahmen.

Zudem: Absichten, die alte Eigentumsordnung wiederherzustellen, hätten schon wegen des Fehlens einer legalen politischen Vertretung des Industriebürgertums keine Chance gehabt, ganz abgesehen von der ökonomischen Situation der Restschicht, die aufgrund ihrer Einbindung in Plan und Vertragsbeziehungen noch nicht einmal zur einfachen Reproduktion der eigenen Klasse in der Lage war (was ihn in anderem Zusammenhang zu der berechtigten Frage führt, ob sie denn, im Marxschen Sinne, eine solche überhaupt noch gewesen sei). Ihre materielle Lage war, legte man die herrschenden Differenzierungskriterien zugrunde, gut, wenn auch nicht privilegiert. Treffen die vom Verfasser aus DDR-Akten mitgeteilten Zahlen zu, dann lag das jährliche durchschnittliche Nettoeinkommen der »Privatindustriellen« 1951 mit knapp 5.000 DM (1955 = DM 6.400) um gut 40 Prozent (1955 ca. 47 Prozent) über dem von Arbeitern in der Staatswirtschaft und um rund 230 Mark (1955 ca. 4.120 DM!) unter dem von Handwerksmeistern, allerdings auch um 80 Prozent (1955 = knapp 93 Prozent) über dem der von ihnen beschäftigten Arbeiter. Deren Löhne im Interesse des Klassenzieles wie der gewünschten Arbeitskräfte lenkung niedrig zu halten, war die erklärte Absicht der Lohnplanung, und auch dies forderte die Privaten heraus, die Beschäftigten durch außerplanmäßige und deshalb zu kriminalisierende Gratifikationen zu binden. Ersatz- und umfangreichere Neuinvestitionen waren so nur mit Hilfe von Krediten oder anderen staatlichen Mitteln möglich. Auch angesichts dieser Umstände, resümierte Czerny wohl zutreffend, habe all das, was seit der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 bis zum »Neuen Kurs« vom Juni 1953 geschah, »von der ›Steuereintreibungs‹-Kampagne bis zum schikanösen Lebensmittelkartenentzug«, das seit dem Aufschub der Enteignungen »aufgekommene Vertrauen« mehr oder minder erschüttert, wenn nicht »zerstört«. Ob es später tatsächlich nachwuchs? Sicher scheint nur, daß jene, die blieben (die Zahl der zwischen 1949 und 1955 emigrierten Unternehmer teilt er nicht mit), sich zumeist – und seit den späten fünfziger Jahren auch mit höheren Einnahmen

– in die Verhältnisse schickten, die die Parteiführung setzte. Vielleicht auch deshalb, Czerny deutet diese Möglichkeit in der Skizze eines »Unternehmerpsychogramms« an, weil die verbliebenen DDR-»Kapitalisten« sich eher als Handwerker, Tüftler, Erfinder sahen denn als Unternehmer, keinen nennenswerten Expansions-eifer hatten, bodenständig oft seit Generationen waren, patriarchalisch agierten sowie, das wäre hinzuzufügen, ebenso autoritär wie obrigkeitfixiert, d.h. jene »Wesenszüge« aufwiesen, die sich in den gegebenen »Rahmenbedingungen für Unternehmertum einigermmaßen entfalten konnten, zumindest nicht verleugnet werden mußten«.

Alles in allem: Einen umfassenden Überblick über die Lebensweise dieser Schicht, ihre Traditionen und ihren politisch-kulturellen Platz in der ostdeutschen Gesellschaft dieser Jahre erarbeitete Czerny seinerzeit nicht, wohl aber relativ dichte Informationen über ihre Indienstnahme, die ihr zugrundeliegenden wechselnden politischen und ökonomischen Motive sowie etliche wichtige Daten zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und materiellen Situation. Für seinen Untersuchungszeitraum hat die Forschung, das zeigen der 1995 verfaßte Literaturbericht und der angenehm polemische Kommentar, bis dahin Neues vor allem insofern gebracht, als seit dem Ende der DDR genauere Einblicke in die politischen Entscheidungsprozesse möglich sind und nun besser zu erkennen ist, welchen Strategien, taktischen Varianten und Zufälligkeiten sie folgten. Zudem lassen sich anhand von Firmen- und Familiengeschichten sowie zusätzlichem biographischen Material Befindlichkeit und Selbstverständnis dieser Schicht besser rekonstruieren. Deutlich macht der Überblick ebenfalls, daß sich ehemalige DDR-Historiker vom alten Forschungsparadigma Bündnispolitik ab- und dem neuen Analysekonzept Diktatur zuwendeten. Diesen Wechsel hat auch Czerny vollzogen, der seiner Sammelrezension den Titel »SED-Diktatur und Privatindustrielle« gab. Im Rückblick allerdings fragt er wieder gleichsam bündnispolitisch, ob ein anderer, klügerer Umgang mit der »Restbourgeoisie«, der Verzicht auf ihre Enteignung, der DDR-Gesellschaft einen Teil jener »Lebens- und Selbstheilungskraft« belassen hätte, die vielleicht fähig gewesen wäre, auch die Krise von 1989 zu meistern. Mit dieser Überlegung setzt sich Jörg Roesler im Nachwort auseinander. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die 1972 noch vorhandenen rudimentären Elemente privatwirtschaftlicher Strukturen ohne eine grundlegende Änderung des volkswirtschaftlichen Lenkungsmechanismus weder quantitativ noch qualitativ hingereicht hätten, den ökonomischen Niedergang der DDR auch nur abzubremsten. Zwar generell besser für die dringend erforderliche Innovation geeignet als die überdimensionierten Industriekombinate, waren die halbstaatlichen Betriebe doch so sehr in sie eingebunden, daß sie strukturell unfähig wurden, ihre Potentiale produktiv zu nutzen. Dem ist zuzustimmen. Ebenso aber der Entscheidung des Verlages, mit der Präsentation »grauer« Vorwendeliteratur Einblicke in den damaligen Stand der ostdeutschen DDR-Geschichtsschreibung zu geben und durch die Beigabe eines selbstkritischen Autorenrückblicks Informationen über dessen Zugewinn seither.